

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Gaben & Comp., Nr. 1288.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verantwortl. Red.: Carl Arnold, Dresden.

Seitenspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 45,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 135,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 67,00 M., Einzelnummer 2,50 M.

Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die halbe Spalte 12,00 M., Familienanzeigen 8,50 M., die halbe Spalte 48,00 M. Bei längerer Laufzeit Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Eine Verpfändung zur Aufnahme am vorerwähnten Tagen. Für Druckverlegung 2 M.

Nr. 201

Dresden, Dienstag den 29. August 1922

33. Jahrg.

„Es gibt keine Wunder“

Fimmens Erklärungen — Das internationale Wirtschaftsprogramm — Hilfsaktion der Genossenschaften? — Sichert die Republik!

Genosse Edo Fimmen, Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, gewährt einem Vertreter des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes eine Unterredung über den Charakter der Unterstützungsaktion der internationalen Arbeiterkraft, die auf den Stillstand von deutscher Seite erfolgen soll. Genosse Fimmen erklärte:

Die Gewerkschaftsinternationale hat die Pflicht und den Willen, die vielen noch immer im Ausland kursierenden falschen Meinungen über Deutschland aus der Welt zu schaffen und demgegenüber das Ausland mit Angaben, die Hand und Fuß haben, aufzuklären, und ein getreues, wahres Bild, einen erschöpfenden Bericht über die wirtliche Lage in Deutschland zu geben. Das internationale Wirtschaftsprogramm in der Arbeiterkraft soll die Basis abgeben für eine Aktion des gesamten Proletariats zur Wiederherstellung des ökonomischen Lebens. Das Programm wird sich vor allem mit jenen Teilen des Verfallenen Vertrags befassen, die unter allen Umständen verschoben werden müssen, wenn Europa wieder aufgebaut und Deutschland wieder hergestellt werden soll. Ein solches Programm kann selbstverständlich nicht in zweimal 24 Stunden aufgestellt werden. Das laudable Streben der Verhandlungen über internationale Aktionen ein. Unser Programm soll nicht nur eine Sammlung von wilden Schlagworten, sondern ein Fundament für praktische Forderungen und für eine aktive Politik werden. Schließlich ist dann auch dieses internationale Wirtschaftsprogramm der Arbeiterkraft etwas ganz anderes, als die verschiedenen Heilsgenüsse der verschiedenen kapitalistischen Regierungen, mit denen Europa bisher genarrt wurde. Das Programm der Arbeiter unterwirft sich von Programmen der kapitalistischen Regierungen auch insoweit, als hinter ihrem Programm allgemeine Solidarität, ein einigermaßen festes und geschlossenes Willen und nicht die Unwissenheit und kapitalistische Interessen liegen. Diese Solidarität der Proletariats, dieser moralischen Zusammenhalt und dieser Erklärung der Interessen der arbeitenden Bevölkerung liegt bei weitem das auf, was auf kapitalistischer Seite an materiellen Mitteln in die Welt geschleudert worden kann. Wir haben nicht die Pflicht, unsere Aktion aufzugeben, aber wir wissen, daß der Sieg der Arbeiter aller Länder, der Länder der Sieger, der Besiegten und der Neutralen, immerhin etwas bedeutet.

Was Ihren Hinweis — so fuhr Genosse Fimmen fort — auf die Möglichkeit einer

Hilfsaktion der Genossenschaften

zugunsten der Konsumgenossenschaften Deutschlands betrifft, so bin ich, obwohl ich nicht so genau in die Tätigkeit der Konsumgenossenschaften eingeweiht bin, doch der Meinung, daß eine solche Hilfsaktion und ein solches Zeichen praktischer Solidarität innerhalb der Internationale der Konsumgenossenschaften sehr wohl möglich ist. Ganz ist eine finanzielle Hilfsaktion bei den Konsumgenossenschaften nicht ohne weiteres mit den internationalen Hilfsaktionen der Gewerkschaften in Parallele zu stellen. Aber ich sehe dennoch keinen triftigen Grund, weshalb nicht die Konsumgenossenschaften Englands, Hollands, Scandinaviens und Belgiens, die alle ökonomisch sehr fundiert sind, den deutschen Konsumgenossenschaften mit einem erheblichen Kredit zu Hilfe kommen können. Diese Solidarität bei den internationalen Konsumgenossenschaften wird sicherlich kaufmännische Rücksichten nicht außer acht lassen können. Aber es darf doch auch darauf hingewiesen werden, daß in den deutschen Konsumgenossenschaften gewisse Realwerte stecken, auf die eine Kredithilfe sehr wohl aufgebracht werden kann. Diese Kredithilfe könnte jetzt bei der Verlagerung der Bevölkerung für den Winter unendlich viel Segen für die hungernde und darbennde Bevölkerung Deutschlands bedeuten. Wie sind sicher, daß bei der großen Hilfsaktion der Genossenschaften hinter den Gewerkschaften nicht zurückzusehen werden. Wenn Sie nun zum Schluß fragen, warum die Gewerkschaftsinternationale von dem deutschen Gebiet eine tatkräftige Mitarbeit fordert, so hat das einen einfachen Grund: die Gewerkschaftsinternationale weiß, daß ökonomische Notlagen im Augenblick in Deutschland bei der Preis-anarchie und den ungeheuren wirtschaftlichen Schwereigkeiten keine leichte Sache sind. Die Gewerkschaftsinternationale verlangt daher nichts Unmögliches, was sie aber von den deutschen Arbeitern verlangt und verlangen muß, ist die

absolute Sicherung der deutschen Republik

Zur Sicherung der Republik in Deutschland kann dem Ausland Vertrauen zu Deutschland einfließen. Ohne dieses Vertrauen keine Hilfe! Das Ausland versteht es einfach nicht, warum sich die deutsche Republik immer wieder von der Reaktion loszulassen auf der Seite herumtummelt. Das Ausland versteht die Schwierigkeiten bei der Republikanisierung nicht, aber es hat trotzdem das Gefühl, daß die Republikaner in Deutschland nicht den nötigen Willen und die nötige Kraft zu ihrer Selbstbehauptung aufbringen. Die Republikanisierung Deutschlands bedeutet — so eigenartig das im ersten Augenblick auch klingen mag — Brot. Deutschland braucht das Vertrauen des Auslandes. Der Kampf um dieses Vertrauen muß von der Republik durchgeführt werden. Es handelt sich um psychologische Dinge. Man vertritt in Deutschland immer wieder zu leicht die psychologischen Faktoren, die heute eine so große Rolle spielen. Die ungeheuren Schwankungen des Wertes der Mark beruhen auf psychologischen Faktoren, soweit nicht die Pörsenschieber ihre Finger im Spiel haben.

Man hat manchmal in Deutschland das Gefühl, als ob alles auf ein Wunder wartet, auf den „Deus ex machina“, der plötzlich von irgendwoher kommen und den gordischen Knoten lösen soll. Es gibt keine Wunder und deshalb sagt die Gewerkschaftsinternationale den deutschen Arbeitern auf ihren Hilferuf: Sichert wenigstens die Republik und schafft damit einen festen Ankergrund im Innern und

Glauben und Zuversicht draußen! Helft also da, wo ihr könnt, auch selbst und die Hilfe von außen wird wachsen.

Genosse Fimmen berührt mit diesen Erklärungen ein Hauptthema der gesamten deutschen Politik: den Wunderglauben. Schon während des Krieges spielte er eine verhängnisvolle Rolle. Wir haben das an dieser Stelle schon einmal betont. Als die gegen uns zu Felde ziehenden Gegner immer stärker anstürmten, als der Zusammenbruch seine Schatten jahrelang vorauswarf, als die Möglichkeit eines Verständigungsfriedens noch gegeben war, beharrten die leitenden militärischen Mächte bei ihrer engstirnigen Eroberungspolitik, die nur durch ein Wunder hätte siegen können. Vier Kriegsjahre hindurch wartete das Volk, warteten die leitenden Kreise auf das Wunder, statt den nachfolgenden Verständigungsfrieden anzunehmen. Ist es da nicht verständlich, daß ein solches Volk auf den ausländischen Beobachter den Eindruck einer mitleidigen, wundergläubigen, unpolitischen Nation macht?

Wir befinden uns gegenwärtig in einer ähnlichen Situation. Noch ist es trotz dem Marktlage durch rasche energische Maßnahmen möglich, volkswirtschaftlich für Deutschland zu retten, was aus eigenen Kräften zu retten ist, um vor allem die Ernährung für das kommende Jahr sicherzustellen. Wunder kann ein Volk an sich nur erleben, wenn es das notwendige Geschäftsmag von Energie aufbringt. Und gehoben kann einem Volke von außen nur werden, wenn es sich aus eigenen Kräften hilft, soweit das irgend möglich ist. Wir haben uns in Zeiten der Not, von der Kriegszeit an bis heute, wirtschaftlich eine Kursteile gestaltet, die so nicht weitergehen kann. Die freie Wirtschaft braucht nicht erst Bankrott zu machen — sie hat bereits Bankrott gemacht! Daraus gilt es für Politiker und Volkswirtschaftler zwingende Konsequenzen zu ziehen.

Und wenn Genosse Fimmen mit Recht die Sicherung der Republik als eine der Hauptaufgaben der deutschen Arbeiterkraft hinstellt, so hängt auch die Lösung dieser Aufgabe mit der wirtschaftlichen Frage eng zusammen. Kundgebungen und Demonstrationen können die Republik mächtig stärken, aber ihren endgültigen Halt im Volk kann sie nur finden, wenn die Republik auf sozialen Gebieten tut, was sie eben irgend tun kann. In dieser Richtung muß die Sozialdemokratie mit aller Kraft vorwärtsdrängen.

Umschwung in England

Unterredung mit Tom Shaw

Der neue geschäftsführende Sekretär der Zweiten Internationale und Abgeordneter der englischen Arbeiterpartei in Unterhause, Genosse Tom Shaw, äußerte sich zu einem Mitglied der Fortwärts-Redaktion über seine Reise, die er mit dem französischen Genossen Youhaux und dem holländischen Genossen Fimmen zur Unterredung der politischen und wirtschaftlichen Situation in Deutschland im Auftrag der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale und der belgischen sozialistischen Internationalen unternimmt. Er kam dabei auch auf die Stimmung in England zu sprechen:

Es ist richtig, daß auch in England große Tageszeitungen mit Millionenauflagen die von Youhaux vertretene These, daß Deutschland seinen Bankrott abtätlich herbeiführe und auf den Sturz der Mark bewirkt hinwirke, bis in die jüngste Zeit hinein vertreten haben. In ernsthaften politischen Kreisen dagegen kämpft man entschieden diese Auffassung. Die englische Regierung hat kürzlich durch den Mund des Schatzkanzlers Sir Robert Sorensen ausdrücklich erklärt, daß Deutschland einer längeren Hemmpause bedürfe. An einen abschließenden deutschen Bankrott glaubt auch die englische Regierung nicht. Wenn Deutschland als Folge der Devisenkatastrophe und der daraus entstehenden Unmöglichkeit, sich ausreichend mit Auslandsechtleihen zu versorgen, eine starke Welle der Arbeitslosigkeit befürchtet, so erwartet man in England nicht, daß damit die deutsche Konkurrenz wieder angeheult wäre, die englische Arbeitslosigkeit sich verringern und die englische Wirtschaftslage sich bessern könnte. Eine solche Auffassung wäre höchst irdisch. Das kontinentale Europa bleibt doch das hauptsächlichste Absatzgebiet der englischen Produktion, das es schon vor dem Kriege war.

Eine Verschärfung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland könnte daher nur eine Verschärfung der Lage unseres Volkes zur Folge haben.

Wie überhaupt jede These irdisch ist, die glaubt, daß, wenn es einem Volke schlechter geht, es einem anderen besser gehen könnte. Inwiefern kann ich versichern, daß in letzter Zeit sich ein fürchterlicher Umschwung in der englischen öffentlichen Meinung Deutschland gegenüber bemerkbar macht.

Genosse Shaw schloß mit der Versicherung, daß Neuwahlen in England ein ganz anderes Bild ergeben würden, als die Abwahl vom Dezember 1918, und daß insbesondere die Arbeiterpartei zweifellos sehr viel Siege gewinnen würde. Das habe nenerdings noch das glänzende Resultat der Radikaldahl in South Hackney bewiesen, bei der zwar der Arbeiterkandidat mit 72 Stimmen unterlegen sei, in einem Kreise, in dem es 1918 überhaupt keinen Arbeiterkandidaten gegeben habe. Dieses Ergebnis habe die kühnsten Erwartungen der Partei bei weitem übertroffen.

Ministergehälter früher und heute

Auf keinem Gebiete herrschen im Publikum so viel Unklarheiten wie auf dem der Besoldung der Minister. Von den Gegnern der heutigen Staatsform wird das natürlich demagogisch mißbraucht, um Stimmung sowohl gegen die Minister der Republik als auch Stimmung gegen die Republik zu machen. Da es nun im Wesen des Deutschen liegt, aufs Genaueste zu schimpfen, wie ein altes Schlagwort sagt, so haben die Demagogen es leicht, in weiten Kreisen die Meinung zu verbreiten, daß die Minister zu hohe Gehälter bekommen. Abtätlich verweigern sie natürlich, daß die Minister des früheren Systems, berechnet an der allgemeinen Geldwertverwertung, nicht nur weit mehr Gehalt bezogen, sondern außerdem auch noch viel mehr Vorrechte und Vorteile genossen haben, als die heutigen. Ein flüchtiger Blick auf die Einkommen der früheren und heutigen Minister macht das jedem klar:

Im Jahre 1913 bekam ein Reichsminister (damals hießen sie Staatssekretäre) 30 000 M. Gehalt, freie Wohnung mit Möbel, Küche, Heizung, Licht und 14 000 M. Repräsentationskosten, die Minister des Innern und Außeners bekamen noch 6000 M. mehr. Das ist nach heutigen Werten umgerechnet bei ungefähr 4000 M. Wohnungsgeld mindestens 10 Millionen Mark. An Steuern hatten sie damals kaum 10 Proz. ihres Einkommens zu zahlen, also von 30 000 M. ganze 3000 M. Im Höchstfalle 10 Prozent!

Heute aber erhält ein Reichsminister statt der 10 Millionen nur folgende Bezüge: 180 000 M. Grundgehalt, 8000 M. Ortszuschlag, 347 800 M. Ausgleichzuschlag nach 185 Proz., 5500 M. besonderen Ausgleichzuschlag. Das ist insgesamt ein Einkommen von 541 300 M. (dazu kommen bei dem einen oder anderen noch geringfügige Frauen- und Kinderzuschläge sowie evtl. Wirtschaftsbeiträge). Von dieser Summe werden dem Minister jedoch an Steuern abgezogen von den ersten 100 000 M. 10 Proz. (10 000 M.), von den nächsten 50 000 M. 15 Proz. (7500 M.), von den folgenden 50 000 M. 20 Proz. (10 000 M.), von den folgenden 50 000 M. 25 Proz. (12 500 M.), von den nächstfolgenden 150 000 M. 30 Proz. (45 000 M.) und von den restlichen 131 300 M. 35 Proz. (45 955 M.), das ist also eine Gesamtsteuerumme von 136 955 M. Seit dem 1. Juni 1922 erhalten die Reichsminister außerdem noch 70 000 M. Aufwandsentschädigung, so daß ihr Gesamteinkommen rund 480 000 M. beträgt. Von dieser Summe haben die Minister ihre Wohnung selber zu bezahlen und zu möblieren und selbstverständlich auch Heizung und Licht. Wie hoch die Aufwendungen dafür sind, kann sich jeder

an der Hand seiner eigenen hohen Kohlen- und Gasrechnung selber ausrechnen.

Ein Staatsminister in Sachsen bekam 1913 26 000 Mark Gehalt und 4000 M. Wohnungsgeld. In Papiermark umgerechnet würden das etwa 7½ Millionen Mark sein. An Steuern zahlte damals der Minister jedoch nur 1010 M. Staatseinkommensteuer und etwa 200 Prozent davon Gemeindefinkommensteuer, zusammen also rund 3030 M., wiederum also nur knapp 10 Prozent. Heute beträgt das Gehalt der Staatsminister in Sachsen so viel wie das eines Reichsministers, jedoch ohne die 70 000 M. Dienstaufwandsentschädigung. Trotzdem zahlen auch sie rund 130 000 M. Steuern.

Wie wenig diese Gehälter der Höhe der früheren entsprechen, zeigt folgende Gegenüberstellung:

Die an den früheren König von Sachsen gezahlten Gelder würden heute etwa 1000 Millionen Papiermark bedeuten. Sämtliche 7 Minister aber erhalten abzüglich ihrer Steuern noch nicht einmal den 340 Teil der früher an einen einzelnen gezahlten Summe. Das sie jedoch für diesen 340. Teil des Admingsgehalts weit mehr und weit länger und intensiver arbeiten müssen als Friedrich August, weiß jeder, der die Arbeiten eines parlamentarischen Ministers auch nur mal ganz oberflächlich kennen gelernt hat. Selbst der fanatische Monarchist wird nicht sagen wollen, daß die Arbeit des Königs 340 mal wertvoller gewesen sei als die Arbeit sämtlicher 7 Minister von heute zusammengenommen; zum mindesten würde er sich mit einer solchen Behauptung nur lächerlich machen.

Nicht zu vergessen ist ferner, daß die früheren Minister sämtlich pensionsberechtigt, daß damit sie und ihre Angehörigen vor allzu schlimmer Sorge im Alter geschützt waren. Die heutigen Minister sind nicht pensionsberechtigt.

Wer heute aufhört Minister zu sein, erhält im günstigsten Falle noch sechs Monate lang Gehalt und muß dann sehen, wie er in seinem früheren Beruf oder sonstwie weiter kommt. Früher erhielten allein die Witwen und sonstigen Angehörigen gewesener Minister (in Goldmark) mehr an Pension als heute ein Minister an Gehalt, und ebenso betrug die Pension eines gewesenen Ministers damals weit mehr als heute das Gehalt sämtlicher 7 Minister zusammen. Das außerdem die heutigen Minister weit mehr geldliche Ver-